

Pressemitteilung des Staatsschuldenausschusses

Wien, 9. Juli 2010

Budget- und Schuldenentwicklung des Staates in Österreich im Jahr 2009¹

(Ergebnisse des Berichts über die öffentlichen Finanzen 2009)

- **Rezession und Konjunkturbelebungsmaßnahmen erhöhten 2009 das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit auf 9,5 Mrd EUR oder 3,4% des BIP (2008: 1,2 Mrd EUR oder 0,4% des BIP).**
- **Verschlechterung der Fiskalposition 2009 im Wesentlichen durch den Einnahmenrückgang des Staates bedingt (-2,7 Mrd EUR oder -2,0% im Vorjahresvergleich). Im internationalen Vergleich rangierte Österreich 2009 mit einer Abgabenquote von 43,7% des BIP aber weiterhin merklich über den EU-Durchschnittswerten (Euro-16: 40,4% des BIP; EU-27: 39,8% des BIP).**
- **Ausweitung der Ausgaben des Staates 2009 trotz Konjunkturprogrammen und dem Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren mit 5,4 Mrd EUR oder 3,9% geringer als im Jahr 2008. Die Steigerungsrate 2008 übertraf mit 4,7% die Zuwachsrate von 2009 (+3,6%) ebenso wie den Zehnjahresdurchschnitt von 3,2% pro Jahr deutlich.**
- **Maßnahmen der Bundesregierung zur Stabilisierung des österreichischen Finanzmarktes reduzierten 2009 das Maastricht-Defizit geringfügig (2009: 80 Mio EUR). Diese direkten Zahlungen stellen aber nur einen Ausschnitt dar; negative gesamtwirtschaftliche Effekte bleiben dabei außer Ansatz.**
- **Deutlicher Anstieg der Verschuldungsquote gemäß Maastricht (Ende 2007: 161,0 Mrd EUR oder 59,5% des BIP; Ende 2008 auf 176,5 Mrd EUR oder 62,6% des BIP; Ende 2009 184,1 Mrd EUR oder 66,4% des BIP).**
- **Im internationalen Vergleich positionierte sich Österreich 2009, trotz EU-Verfahrens wegen eines übermäßigen Defizits, unter jenen Ländern mit relativ niedrigen Budgetdefiziten und Verschuldungsquoten (Defizitquoten im Aggregat 2009: EU-27: 6,8% des BIP; Verschuldungsquoten im Aggregat: EU-27: 73,6% des BIP).**
- **Ausland weiterhin größter Gläubiger der Staatsverschuldung (Auslandsverschuldungsanteil Ende 2009: 79,2% (-2,4 Prozentpunkte)).**
- **Finanzschuld des Bundes zu Jahresende 2009: 168,7 Mrd EUR oder 60,9% des BIP (+6,7 Mrd EUR). Fremdwährungsanteil an der Finanzschuld rückläufig bei 3,0% (2008: 4,9%).**

¹ Die Quoten in % des nominellen BIP sind mit Ausnahme des internationalen Vergleichs (Stand Mai 2010) mit dem aktuellen BIP (Stand Juni 2010) berechnet.

Ausgeprägter Konjunkturreinbruch beeinträchtigte 2009 die Budgetergebnisse der Gebietskörperschaften erheblich

Im Jahr 2009 verschlechterte sich mit Ausnahme der **Sozialversicherungsträger**, die infolge zusätzlicher Bundestransfers hohe Einnahmenezuwächse gegenüber dem Vorjahr verzeichnen konnten, **bei allen Subsektoren des Staates** die **Fiskalposition** deutlich. Die Defizitquote der **Bundesebene** erhöhte sich markant auf 2,7% des BIP (2008: -0,7% des BIP) und der moderate Finanzierungsüberschuss der **Landes- und Gemeindeebene** im Vorjahr (2008: +0,2% des BIP) drehte in ein Defizit in Höhe von 0,8% des BIP im Jahr 2009. Ergänzend zu den **Konjunkturpaketen** der Bundesregierung (Budgeteffekt für 2009 einschließlich Steuerreform 2009: in etwa 3,2 Mrd EUR) setzten auch die Bundesländer im Jahr 2009 Konjunkturbelebungsmaßnahmen. Die Bundesländer (inkl. Wien) bezifferten ihre Maßnahmenpakete in einer Größenordnung von insgesamt 1 Mrd EUR, wobei sich aber Teile davon (u. a. Haftungen, Darlehensvergaben) nicht (oder nicht direkt) in den öffentlichen Budgets widerspiegeln. Die im historischen Vergleich tiefe Rezession infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erforderte 2009 das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren sowie staatliche Eingriffe zur Stützung der Nachfrage, um Beschäftigung und privaten Konsum in Österreich einigermaßen stabil halten zu können.

Einbruch der Staatseinnahmen 2009 angesichts Rezession und Steuersenkungen

Das Wirkenlassen der **automatischen Stabilisatoren** zur Dämpfung der Krise führte 2009 einnahmenseitig zu einem massiven **Rückgang** des **Steueraufkommens**, der durch diskretionäre Maßnahmen (Steuerreform 2009 einschl. Familienpaket, Senkung des USt-Satzes für Medikamente) noch verstärkt wurde. Die **Einnahmen des Staates** in **Summe** unterschritten 2009 den Vergleichswert des Vorjahres um insgesamt 2,7 Mrd EUR oder 2,0% und erreichten nur noch die Höhe von 133,8 Mrd EUR nach 136,6 Mrd EUR im Jahr 2008. Ein nomineller Rückgang der Staatseinnahmen wurde im Darstellungszeitraum der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung noch nie verzeichnet (Durchschnitt 2000 bis 2009: +2,8% p. a.; 2008: +4,8%).

Gesamtstaatliche Abgabenquote Österreichs im internationalen Vergleich weiterhin hoch

Die **gesamtstaatliche Abgabenquote** Österreichs nahm 2009 infolge der Wirtschaftskrise und der Steuersenkungen zwar deutlich ab, der Abstand zum Euro-16-Durchschnitt blieb aber nahezu unverändert. Österreich lag mit einer Abgabenquote (Steuereinnahmen, tatsächlich gezahlte und imputierte Sozialversicherungsbeiträge einschließlich EU-Eigenmittel) von 43,7% des BIP im Jahr 2009 deutlich über dem Euro-16-Durchschnitt von 40,4% des BIP.

Ausgabendynamik trotz Konjunkturprogrammen im Jahr 2009 weniger ausgeprägt als 2008

Die **öffentlichen Ausgaben** des **Staates** wurden **2009** trotz Konjunkturprogrammen und dem Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe etc.) mit 3,9% geringer als im Jahr 2008 (+4,7%) ausgeweitet. **Konjunkturbedingte Mehrausgaben** auf der Ausgabenseite (monetäre Sozialleistungen, Arbeitsmarktpakete, Konjunkturpakete I und II des Bundes, regionale Maßnahmenpakete der Länder etc.) wurden durch Minderausgaben in anderen Bereichen (v. a. Restlieferung von nur noch zwei Militärflugzeugen, Preisreduktionen von Arzneien und Mehrwertsteuersatzsenkung auf 10%, Wegfall des Austrian-Airlines-Kapitalzuschusses) zum Teil kompensiert. Zudem war das **Ausgabenwachstum** des Staates im vorangegangenen Jahr **2008** durch das sogenannte „**Teuerungspaket**“ vor den Wahlen im September 2008 (u. a. 13. Familienbeihilfe, vorgezogene Pensionsanpassung und Einmalzahlung) und durch den **Finanzausgleich 2008** mit zusätzlichen Mitteln für Länder und Gemeinden besonders hoch. Sektorale war in den Jahren 2005

bis 2009 die **Ausgabendynamik** der **Bundesebene** im Durchschnitt deutlich schwächer als auf **Länder- und Gemeindeebene** ausgeprägt.

Zuwachs der gesamtstaatlichen Verschuldungsquote weiterhin hoch

Die **öffentliche Verschuldungsquote im Sinne von Maastricht** expandierte 2009 angesichts des hohen Defizits und durch den Rückgang des BIP markant. Der Gesamtschuldenstand des Staates Österreich erreichte Ende 2009 184,1 Mrd EUR oder 66,4% des BIP nach 176,5 Mrd EUR oder 62,6% des BIP zu Jahresende 2008. Der Aufbau der **Verschuldungsquote** fiel 2009 auf **Bundesebene** mit 2,7 Prozentpunkten – bezogen auf das BIP – zwar am deutlichsten aus, im Zeitvergleich hohe Schuldenzuwächse waren aber auch bei den **anderen sektoralen Ebenen** zu verzeichnen. Die Verschuldungsquote der Landesebene stieg 2009 um 0,5 Prozentpunkte, der Gemeindeebene um 0,2 und der Sozialversicherungsträger um 0,3 Prozentpunkte. In absoluten Beträgen erhöhte sich 2009 der **Schuldenstand des Staates** um 7,6 Mrd EUR.

Umsetzung der ausstehenden Strukturreformen dringend erforderlich

Der vorgesehene Budgetpfad der Bundesregierung (**Österreichisches Stabilitätsprogramm 2010**) sieht ab 2011 eine Rückführung des **gesamtstaatlichen Budgetdefizits** von 4,7% des BIP im Jahr 2010 auf 2,7% des BIP im Jahr 2013 vor. Die ausgewiesene Rückführung der **Ausgabenquote** spiegelt dabei die Umsetzung notwendiger Konsolidierungsmaßnahmen wider, deren Konkretisierung für Herbst 2010 seitens der Bundesregierung in Aussicht gestellt wurde. In den Jahren 2005 bis 2009 wiesen insbesondere **Sachtransfers des Staates an private Haushalte** (v. a. im Gesundheitswesen und im Pflegebereich) und **Subventionen an Unternehmen** (v. a. Krankenanstalten, öffentliche Verkehrsunternehmen) äußerst dynamische Zuwächse mit mehr als 5% pro Jahr auf, die deutlich über dem langfristigen Zuwachs der Staatseinnahmen lagen und die öffentlichen Budgets überproportional belasteten. Das Erfordernis einer **Konsolidierung der öffentlichen Finanzen** nahm durch die Krise und die damit einhergehenden budgetären Implikationen (Anstieg der Staatsschuldenquote, Anstieg des strukturellen bzw. permanenten Budgetdefizits) erheblich zu. Dies insbesondere auch, da die gute Konjunkturentwicklung und die hohen Staatseinnahmen **vor der Krise** (2006, 2007 und 2008) nicht in ausreichendem Umfang für Strukturreformen zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen in Österreich genutzt wurden.

Fiskalposition Österreichs im internationalen Vergleich gut

Im **internationalen Vergleich** positionierte sich **Österreich** im Jahr 2009, trotz eines **EU-Verfahrens** wegen eines **übermäßigen Defizits**, unter jenen Ländern mit relativ niedrigen Budgetdefiziten (Luxemburg, Finnland und Deutschland). Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verschlechterte sich die Budgetlage in Irland, Griechenland, dem Vereinigten Königreich und Spanien massiv mit Defizitquoten für 2009 von 11,2% bis 14,3% des BIP. Kein EU-Mitgliedstaat erzielte 2009 einen Budgetüberschuss (2008: 8 Länder der EU-27). Die Defizitquoten der EU-Länder im Aggregat (Euro-16: 6,3% des BIP; EU-27: 6,8% des BIP) lagen markant über der Quote Österreichs mit 3,4% des BIP. Die **öffentliche Verschuldungsquote Österreichs** (Schuldenstand zu Jahresende in Prozent des BIP) entfernte sich zwar mit 66,5% des BIP Ende 2009 (Stand: Mai 2009 laut Europäischer Kommission) weiter vom EU-Referenzwert in Höhe von 60% des BIP, blieb aber deutlich unter den durchschnittlichen Werten der Mitgliedstaaten (Euro-16: 78,7% des BIP; EU-27: 73,6% des BIP).

Ausland weiterhin größter Gläubiger der öffentlichen Verschuldung

Die Bundesschuld prägt die **Gläubigerstruktur der Staatsschuld**: Der Bund deckt seinen Finanzierungsbedarf in hohem Maß über Euro-Anleiheemissionen, die im Wesentlichen von ausländischen Investoren (insbesondere des Euroraums) erworben werden. Im Jahr 2009 erhöhte sich erstmals seit Beginn der WWU der **Anteil der Auslandsverschuldung** jedoch nicht. Der Anteil an in ausländischem Besitz befindlichen Staatsschulden ging von 82% (Ende 2008) auf 79% (Ende 2009) zurück. Der österreichische **Bankensektor** stellte mit einem Anteil von 12% den bedeutendsten **inländischen Gläubiger** der Staatsverschuldung dar. **Private Anleger** (Unternehmen und private Haushalte) hielten per Ende 2009 direkt weniger als 2% der gesamten Staatsschuld.

Verschuldungsstruktur des Bundes in Bezug auf Refinanzierungsbedingungen robust

Die **bereinigte Finanzschuld** des **Bundes** (ohne Eigenbesitz) erreichte Ende 2009 die Höhe von 168,7 Mrd EUR oder 60,9% des BIP und lag damit um 6,7 Mrd EUR oder 4,2% über dem Vorjahreswert. Der **Anteil der Fremdwährungsschuld** an der bereinigten Finanzschuld (nach Swaps) betrug zum Jahresende 2009 nur noch 3,0% (Ende 2008: 4,9%). Aus der Struktur der **Finanzschuld des Bundes** kann eine **geringe Zinssensitivität** der budgetrelevanten **Zins-Cashflows** abgeleitet werden (Ende 2009: Fixzinsanteil: 95%; Restlaufzeit: 8,4 Jahre). Die **krisehaften Entwicklungen auf den Finanzmärkten** mit Marktengpässen und volatilen Marktgegebenheiten verdeutlichten die Gefahren von hohen Refinanzierungserfordernissen der Staatsverschuldung.

Rückläufiges Marktzinsniveau stabilisierte den Zinsaufwand des Bundes 2009

Im **Berichtsjahr 2009** veränderte sich die Ausgabenkomponente **Zinsaufwand** (einschließlich sonstiger Aufwand) für die bereinigte Finanzschuld des Bundes trotz des hohen Nettodefizits von 7,1 Mrd EUR gegenüber dem Vorjahr kaum und betrug 6,72 Mrd EUR (2008: 6,70 Mrd EUR). Dieser erfreuliche Umstand ist in erster Linie auf das rückläufige Marktzinsniveau zurückzuführen.

Der **Zinsaufwand** für die **öffentliche Verschuldung im Sinne von Maastricht** (Gesamtstaat; periodenbereinigte Ausgaben) erreichte 2009 die Höhe von 7,6 Mrd EUR oder 2,7% des BIP.

Rechtlicher Rahmen des Staatsschuldenausschusses

Der Staatsschuldenausschuss, der von 1970 bis Mai 1997 ein Gremium der Österreichischen Postsparkasse war, ist seit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Errichtung des Staatsschuldenausschusses am 14. Mai 1997 (BGBl. 742/1996) als eigenständiges Gremium rechtlich verankert und bei der Oesterreichischen Nationalbank angesiedelt. Die Agenden des Ausschusses und dessen Zusammensetzung sind durch das Staatsschuldenausschussgesetz festgelegt (BGBl. i. d. g. F. 16/2002). Kern des Aufgabengebiets sind ökonomische Analysen zu Fragen der Staatsverschuldung und Einschätzung der finanzpolitischen Lage von allen öffentlichen Haushalten (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger) in Österreich.

Rückfragehinweis:

Prof. Dr. Bernhard Felderer, Präsident des Staatsschuldenausschusses, Institut für Höhere Studien,
Tel. Nr.: (+43 +1) 59991 DW 125 sowie
Büro des Staatsschuldenausschusses, Oesterreichische Nationalbank,
Tel. Nr.: (+43 +1) 40420 DW 7471